

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1,90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Volkskassentor:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die 10 gelbalt. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorrat 40 Pfg. Stellenangebote 10 gelb. Kolonelle 25 Pfg. Familienanzeigen von Privaten die 10 gelb. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausm. die 10 gelb. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorrat 50 Pfg. Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Für Kriegsverzicht — wenn er erlaubt bleibt

Briands Antwort

Die Antwortnote der französischen Regierung auf den Kellogg-Pakt ist in ihrem Wortlaut veröffentlicht worden. Sie beginnt mit den üblichen Höflichkeitsskizzen und versichert, daß das glückliche Zustandekommen des Vertrags dem französischen und dem amerikanischen Volke gleichermäßen am Herzen liege. Die Diplomaten müssen die Bergeflüchtigkeit der Völker noch immer höher einschätzen als sie ist, sonst könnte Briand nach dem vorausgegangenen Streit um den Pakt, bei dem ganz offensichtlich war, daß die französische Regierung ein Zustandekommen in dieser Form am liebsten verhindert hätte, nicht eine solche Versicherung in dieser Note niederschreiben. Briand formuliert dann noch einmal die von Kellogg angenommenen französischen Vorbehalte und faßt ihre Auslegung folgendermaßen zusammen:

Nichts in dem neuen Vertrage beschränkt oder beeinträchtigt irgendwie das Recht der Selbstverteidigung.

Jedes Volk behält in dieser Hinsicht stets die Befugnis, sein Land gegen einen Angriff oder einen Einfall zu verteidigen; es hat allein zu entscheiden, ob die Umstände es nötigen, zu seiner eigenen Verteidigung zum Kriege zu schreiten.

Zweitens steht keine der Bestimmungen des neuen Vertrags im Widerspruch zu den Bestimmungen der Völkerverbündigung und ebensowenig zu denen der Locarno-Verträge oder der Neutralitätsverträge.

Andererseits würde jede Verletzung einer Bestimmung des neuen Vertrags durch eine der Vertragsparteien die anderen Vertragsmächte von selbst von ihren Verpflichtungen gegen den Zuwiderhandelnden befreien.

Die Tatsache schließlich, daß die Regierung der Vereinigten Staaten alle Signatarmächte der in Locarno geschlossenen Vereinbarungen bereits zur Unterzeichnung eingeladen hat und die an Neutralitätsverträgen beteiligten Mächte dazu einzuladen bereit ist, sowie daß den anderen Mächten der Beitritt freistehen soll, ist geeignet, dem neuen Vertrag im vollen praktischen erwünschten Maße den Charakter der Universalität zu geben, der den Absichten der Regierung der Republik entspricht.

Dank der Klarstellung, die die neue Präambel so gebracht hat und dank der andererseits dem Vertrag gegebenen Auslegung sieht die Regierung der Republik zu ihrer Genugtuung, daß sich der neue Vertrag mit den Verpflichtungen aus bestehenden Verträgen

vereinbaren läßt, an denen Frankreich sonst als Vertragsmacht beteiligt ist und deren uneingeschränkte Achtung ihm Vertragstreue und guter Glaube natürlich zur unabwieslichen Pflicht machen.

Nachdem Briand so noch einmal zusammengefaßt hat, daß die französische Politik trotz des Kriegsverzichtspaktes sich doch des Krieges als ein Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele bedienen wird, erklärt er seine Bereitschaft, den Vertrag in der vorgeschlagenen Form zu unterzeichnen mit dem Ausdruck des Bedürfnisses, den Imperialisten der Vereinigten Staaten die hohe Achtung für ihre Gesinnung auszusprechen, den Pakt als eine Kundgebung der Brüderlichkeit der Menschheit zu bezeichnen, der mit dem innersten Streben des französischen und amerikanischen Volks schönste Übereinstimmung und dem Gefühl der internationalen Solidarität entspricht, schließt die Note.

Kriegsverzicht — wie sie ihn auffassen

SPD Paris, 16. Juli.

Der Temps bezeichnet die zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten erzielte Einigung als einen diplomatischen Sieg und ein neues Sicherungsmittel auch Deutschland gegenüber. Wenn Deutschland z. B. die Entmilitarisierung der Rheinlandnote verweigern wollte, so würde es klar sein, daß es als Angreifer handelt und infolgedessen den Pakt gebrochen habe. Die Liberté erklärt, man könne den jehigen Pakt mehr mit Resignation als mit Enthusiasmus aufnehmen. Für England sei der Pakt besonders gefährlich; denn wenn der Krieg als Mittel der internationalen Politik verboten sei, so verliere es das Recht der Fremden- und jedes Recht der Seepolizei, mit einem Wort die Herrschaft der Meere.

Irland für den Kelloggvertrag

LU London, 17. Juli.

Nach Meldungen aus Washington hat das amerikanische Staatsdepartement die Antwort der Regierung des irischen Freistaates auf die Vorschläge Kelloggs erhalten. Irland nimmt die Vorschläge Kelloggs ohne Einschränkungen an.

Schwere Zusammenstöße in Berlin Im Zeichen der Amnestie

SPD, Berlin, 17. Juli (Radio).

Am Montagabend kam es in Berlin am Schlesischen Bahnhof, kurz nach 8 Uhr, zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei, in deren Verlauf drei Personen schwer und zahlreiche leicht verletzt wurden.

Vor dem Schlesischen Bahnhof hatten sich etwa 2000 Mitglieder der kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes mit Fahnen und Abzeichen eingefunden, um die in Sonnenburg freigelassenen politischen Gefangenen zu begrüßen. Man vermutete darunter auch Max Hötz. Aber wer nicht kam, waren die erwarteten politischen Gefangenen. Ein roter Frontkämpfer bestieg schließlich eine Rampe, um eine Rede zu halten. Die Polizei sah sich darauf veranlaßt, den Bahnhofsvorplatz zu räumen. Als sie den Versuch hierzu machte, wurde sie abgedrängt, so daß die Beamten von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machen mußten. Daraufhin sollen aus der Menge Flaschen und Steine gegen die Polizeimannschaften geworfen worden sein. In der Notwehr gaben die Beamten mehrere Schreckschüsse in die Luft ab und gingen dann energisch mit Gummiknüppeln gegen die Demonstranten vor. Die Menge zerstreute sich rasch, als sie sich von dem Ernst der Situation überzeugt hatte. Drei Kommunisten waren so schwer verletzt worden, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Hötz bisher noch nicht entlassen

Wie eine Berliner Korrespondenz vom Strafvollzugsamt hört, ist Max Hötz bisher nicht aus der Haft entlassen worden. Nach Auffassung des Oberreichsanwalts hat Hötz noch ein halbes Jahr Gefängnis abzubüßen, ehe für ihn die Amnestie in Anwendung kommt. Die Verteidigung von Hötz vertritt allerdings den Standpunkt, daß Hötz auf Grund der Amnestie sofort zu entlassen ist. Der Oberreichsanwalt wird sich vorerst mit dem von der Verteidigung eingereichten Antrag, die Strafe von Hötz mit Rücksicht auf das Wiederaufnahmeverfahren zu unterbrechen, zu beschäftigen haben. Für die Entlassung der übrigen Amnestierten ist alles vorbereitet worden. In vielen Fällen hat die Staatsanwaltschaft schon eine Unterbrechung der Strafe angeordnet, so daß der größte

Teil der Amnestierten sich bereits in Freiheit befindet, obwohl das Amnestiegesetz erst einen Tag nach der Veröffentlichung im Reichsanzeiger in Kraft tritt.

Die „Vorbehalte“ Dr. Scholz

Der Demokratische Zeitungsdiener verbreitet folgende Mitteilung: In volksparteilichen Blättern wird eine Unterredung mit dem volksparteilichen Fraktionsführer Dr. Scholz wiedergegeben, in der zum Ausdruck kommt, daß die ursprünglich geplante Umwandlung der losen Regierungsmehrheit in eine feste Koalition keineswegs mit Sicherheit zu erwarten sei. Der Volkspartei ist ihre Haltung in der Frage einer späteren Regierungs-umbildung zwangsläufig vorgeschrieben. Vor allem halten wir an unserer Forderung nach Umbildung des Preußentabernakels im Frühjahr fest. Ferner denken wir nicht daran, den Panzerkruzzer A preiszugeben. Ueberhaupt gelten alle Vorbehalte, die ich in meiner Rede zur Regierungserklärung zu machen genötigt war, heute noch durchaus zu Recht und heute vielleicht, nachdem wir die ersten Enttäuschungen erlebt haben, härter als je. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei ist in ihrer Beurteilung der großen innerpolitischen Probleme durchaus einig. Gewiß bestehen in manchen Fragen Meinungsverschiedenheiten; wenn aber ein Teil der gegnerischen Presse den Versuch macht, gewisse Gegensätze zwischen dem Herrn Reichsaußenminister und mir zu konstruieren oder zumindest zu unterstreichen, ist darauf zu erwidern, daß wir, Stresemann und ich, uns über gewisse Meinungsverschiedenheiten offen ausgesprochen haben und daß die Einheitlichkeit der Partei und der Fraktion durch die denartige Aussprache gefördert, nicht aber geschädigt oder gar in Frage gestellt wurde.

Wahlen in Liechtenstein

LU Genf, 16. Juli.

Die gestern im Fürstentum Liechtenstein abgehaltenen Landtagswahlen ergaben einen großen Sieg der konservativen Bürgerpartei, die statt wie bisher nur 8, jetzt 11 Mandate von 15 erhielt. Die Demokratische Partei, die bisher neun Mandate hatte, fiel auf zwei. Sie hofft weitere zwei in den nächsten Stichwahlen zu retten, die in 14 Tagen stattfinden. Damit sind die Mehrheitsverhältnisse im Landtage vor Liechtenstein völlig umgekehrt worden.

Das Fürstentum zählt 11.500 durchweg katholische deutsche Einwohner, die fast alle Landwirte sind. Eine besondere politische Bedeutung haben die Wahlen nicht.

Die Revolution beendet?

Vorbemerkungen zum Brüsseler Kongreß

Von U. Gurland.

Die Gründung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale auf dem Hamburger Kongreß 1923 fiel in die Zeit einer schweren politischen und wirtschaftlichen Depression. Die russische Revolution war gerade in die Phase der NEP, des politischen und sozialen Rückzugs, eingemündet. Die deutsche Revolution hatte in dem Burgfrieden des Ruhrkrieges den Todesstoß erlitten. In den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns war die revolutionäre Welle abgeebbt und der gegenrevolutionäre Neuaufbau am Werk. Frankreich und England hatten die Auswirkungen des Weltkrieges noch nicht in ihrer ganzen Schwere am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Jenseits des Ozeans herrschte Windstille. Die durch den Weltkrieg eingeleitete revolutionäre Epoche schien nach einer Reihe stürmischer Ausbrüche abgeschlossen zu sein. Schwere Resignation lastete auf der Arbeiterklasse. Die Wege revolutionären Aufstieges erschienen verperrt, die Ideologie des Abwartens und zaghaften Vorwärtstretens bemächtigte sich breiter Massen des Proletariats. So stellte sich auch die Aufgabe des revolutionären Marxismus im Schoße der neugegründeten Organisation nicht mehr dar als eine Aufgabe der Sammlung der revolutionären Kräfte und der Vorbereitung einer revolutionären Aktion, sondern als eine Aufgabe zäher und langwieriger Aufklärungsarbeit, eine Aufgabe mehr propagandistischer Natur, die nicht von dem Ehrgeiz getragen sein sollte, auf die politischen Entscheidungen des Augenblicks maßgebenden Einfluß zu nehmen. Denn man sah die Voraussetzungen nicht, die das Erstarren der revolutionär-marxistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung ermöglichen und einer revolutionierten Arbeiterklasse die nötige Bewegungsfreiheit gewähren würden.

Der Marseiller Kongreß 1925 fand eine veränderte Situation vor. Zwar hatte die russische Revolution auf dem Wege zum kapitalistischen Aufbau eine bedeutende Strecke zurückgelegt; zwar war die revolutionäre Gärung in den mitteleuropäischen Ländern nach dem spontanen Durchbruch revolutionärer Stimmungen in den Höhepunkten der deutschen Inflation verstanden; zwar hatte die Stabilisierung der deutschen Währung eine Konsolidierung der europäischen Politik unter der Vormundschaft Englands und der Kontrolle des amerikanischen Kapitals eingeleitet, die vorläufige Lösung der Reparationsfrage angebahnt, Deutschland seine Stellung unter den Großmächten wiedergegeben, die Politik des europäischen Gleichgewichts definitiv in die Formen der Völkerverbündigung, Schiedsgerichtsverträge und Sicherheitspakte gebracht und so eine Sondervertragsbasis geschaffen, auf der der bestehende Zustand juristisch verankert wurde. Aber unterdes war eine neue Quelle revolutionärer Gärung aufgebrochen. Die Wandlungen der weltwirtschaftlichen Kräfteverteilung während des Weltkrieges hatten die ökonomische Verselbständigung der Kolonien, der halbkolonialen Länder und der imperialistischen „Einflußsphären“ vorbereitet, ihre wirtschaftliche Loslösung von den imperialistischen Herrscherländern der alten kapitalistischen Welt auf die Tagesordnung gestellt. Die relative Ruhe, die durch die vorläufige Stabilisierung auf dem europäischen Kontinent eingetreten war, ließ das dumpfe Dröhnen und Brausen jener vergessenen und mißachteten „Unterwelt“, die sich nun in Bewegung setzte, alles Gerede vom stabilisierten Kapitalismus überdönen.

Als Ausläufer der revolutionären Bewegung von 1917/19 blieb die Revolution der kolonialen Völker zunächst unbeachtet. Der Aufstand in Syrien, die Kämpfe in Marokko; diese Ereignisse schienen nicht über den Rahmen der üblichen kolonialpolitischen Ruhestörungen, wie man sie auch vor dem Kriege getannt hatte, hinauszugehen. Erst die nähere Betrachtung der wirtschaftlichen Umwälzungen offenbarte den entscheidenden revolutionären Charakter der kolonialen Befreiungsbewegung. Indien war nicht mehr der geduldige Abnehmer der englischen Industriewaren, eine eigene Industrie trat als selbstbewußter Rivale der englischen Beherrscher des Welthandels auf dem Markt auf. Die mächtige Entfaltung des jungen japanischen Kapitalismus ward bemerkt, als die Ereignisse in China, sich immer deutlicher abzeichnend, ihre Spitze gegen die englische Kolonialherrschaft richteten. Die Welt hatte doch ihr Antlitz verändert. Die agrarische Revolution der außerkapitalistischen Länder verkündete das nahe Ende der kapitalistischen Welt Herrschaft. Die Absatzmärkte für kapitalistisch hergestellte Waren engten sich ein, die Rohstoffquellen der kolonialen und halbkolonialen Länder wurden der kapitalistischen Wirtschaft von den erwachenden Nationen des Ostens strittig gemacht. Der Expansionsraum für den Abfluß der Ueberschüsse der kapitalistischen Profiterzeugung schrumpfte zusammen, und der Wettbewerb um seine Aufteilung spitzte sich zu. Ganz eindeutig zeigten die welta-